

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Insertionsgebühr

die 5gesparte Petitzelle oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34,
Heinrich Reß, Koppernitschstraße.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Führich. Inowazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Grauden: Der "Gesellige". Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtämmerer Auster.

Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Sibalsbans, G. L. Daube u. Co. u. sämtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg etc.

Vom Reichstage.

Sitzung vom 18. April.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. v. Holleufer beantragt die Kommission für gültig zu erklären. Nach längerer Debatte wird ein Antrag Rittert auf Anstellung von Erhebungen über wiederholt und auch bei vorliegender Wahl vorgenommene Wahlbeeinflussungen abgelehnt und die Wahl des Abg. v. Holleufer für gültig erklärt. Die Wahl des Abg. Böhme (Annaberg) wird für gültig erklärt unter Annahme einer Resolution betr. Vornahme gewisser Erhebungen. Bezuglich der Wahl des Abg. Wamhoff (4. Hannov. Wahlkr.) beantragt die Kommission Beanstandung sowie eine Resolution betr. Erhebungen. Der Kommissionsantrag wird angenommen. Betreffs der Wahl des Abg. Graf Molte (6. Schlesw.-Holst. Wahlkr.) beantragt die Kommission Gültigkeit nebst Resolution betr. Erhebungen.

Abg. Auer (Soz.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären, weil die Wahllisten von vier zu diesem Wahlkreise gehörigen Orten in Altona, welches zu einem andern Wahlkreise gehöre, ausgelegt worden seien.

Abg. Gamp (Rp.) äußert sich für die Gültigkeit der Wahl.

Die Abgg. Spahn (Btr.) und Bebel (Soz.) sprechen sich für den Antrag Auer aus. Es folgt namentliche Abstimmung über den Antrag Auer, der selbe wird mit 143 gegen 123 Stimmen angenommen. Die Wahl Graf Moltes ist also ungültig. Die Wahl des Abg. v. Polenz (Plauen) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären. Es entsteht eine längere Debatte, in der Abg. Holleufer sich mit sehr scharfer Kritik gegen die Wahlprüfungscommission wendet. In der Abstimmung über den Kommissionsantrag macht

Abg. Buchka (kons.) die Mitteilung, daß Abg. v. Polenz sein Mandat niedergelegt habe. Die Abgg. Singer (Soz.), Bachem (Btr.) und Richter (frs. Rp.) protestieren hiergegen. Inmitten der Abstimmung sei solche Erklärung nicht zulässig. Das Haus nimmt hierauf fast einstimmig den Kommissionsantrag an und geht alsdann zur 2. Berathung des von Luk und Gen. beantragten Heimstätten-Gesetzentwurfs über. Nach Paragraph 1 hat jeder Reichsangehörige nach vollendete 24. Lebensjahre das Recht zur Errichtung einer Heimstätte und zwar durch Eintragung eines geeigneten Grundstücks in das Grundbuch. Von den Abgg. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein und Gen. liegt ein Antrag vor: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in der Richtung des Antrages Luk dem Reichstag in nächster Session einen Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Beschlusffassung vorzulegen.

Abg. Gamp (Rp.): Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter sei nicht so ungünstig, daß sie nicht an die Gründung einer Heimstätte denken könnten.

Abg. Schönlanck (Soz.) stellt dies in längerer Erwiderung in Abrede.

Abg. Dr. Schädler (Btr.) spricht gegen die Vorlage, stimmt aber der Resolution zu.

Abg. Lenzenmann (frs. Rp.) erklärt sich gegen,

Abg. Dr. Halm (Rp.) für die Vorlage. Nach weiterer Diskussion, an welcher sich die

Abg. Rittert, Dr. Böckel und Liebermann v. Sonnenberg, letztere für die Vorlage) beteiligen, wird § 1 mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die Resolution v. Dönhoff und Gen.

Es folgt die Novelle zum Viehfeuchengesetz in dritter Lesung. Ein Antrag Böckel (Aut.) auf Buchführung der Viehhändler wird abgelehnt. Die Vorlage wird unverändert und endgültig angenommen, ebenso der in 3. Lesung darauffolgende Gesetzentwurf betr. Änderung des § 41 der Konkurs-Ordnung (Einschränkung des Mandats des Vermieters) mit einer Resolution Gröber (Btr.) um Aufnahme einer Konkurs-Statistik. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag. Waarenbezeichnung, Nachtragsstatut, Brieftaubenschuh, Stempelsteuer und Interpellation Dr. Förster.

Vom Landtage.
Haus der Abgeordneten.

Sitzung vom 18. April.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Kaligeses. Zunächst wird Artikel III berathen, wonach Aufsuchung und Gewinnung von Kali salzen künftig ausschließlich dem Staat zu stehen soll.

Abg. Bockelberg (kons.) erklärt, die Stellung seiner Freunde zu der Vorlage sei getheilt. Viel Vortheil verpreche sich die Landwirtschaft von der selben nicht, da die Preislage für landwirtschaftliche Produkte zu niedrig sei. Dadurch, daß man das Gesetz nicht werde an Hannover anwenden können, werde es auch für die übrigen Landesteile hinfällig, höchstens in den Provinzen Sachsen und Hessen sei es zu gebrauchen.

Abg. Im Walle (Btr.) empfiehlt vom Standpunkt der Verbilligung der Düngemittel die Vorlage.

Abg. Schmieding (kons.) begründet, weshalb Hannover von dem Gesetz befreit worden sei, hält aber im Uebrigen nicht viel von der Wirksamkeit der Vorlage, die man am besten als lex Schulz-Lupius bezeichnen könnte.

Minister v. Berlepsch begründet die Vorlage mit der Notwendigkeit, die Privatspekulation mit Kali salzen zu verhindern. Falls die Vorlage angenommen wird, soll im Jahre 1898 dem bestehenden Syndikat gekündigt werden. Auch würde die Regierung dann Bohrversuche im Osten vornehmen. Eine Ablehnung der Vorlage würde wirthschaftliche Schäden im Gefolge haben. Auch erklärt sich der Minister

bereit, dem Landtage alljährlich über den Ertrag der Kaliwerke Rechnung zu legen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird die Sitzung auf morgen (Donnerstag) 11 Uhr vertagt.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. April.

Der Kaiser ist Mittwoch Vormittag von seinem Jagdausflug nach Karlsruhe zurückgekehrt und von da, vom großherzoglichen Paar, dem Prinzen und der Prinzessin Wilhelm zum Bahnhof begleitet, nach Coburg abgereist. In Coburg wollte der Kaiser den Hochzeitsfeierlichkeiten beiwohnen und sich auch Donnersstag und Freitag in Coburg aufzuhalten, um von dort zur Auerhahnbalz nach der Wartburg zu reisen.

Der Kaiser hat an den bisherigen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß anlässlich seines Scheidens aus dem Reichsdienst das nachstehende Schreiben gerichtet: Durchlauchtiger Prinz, freundlich lieber Vetter! Es ist Mir ein Bedürfnis, Euer Durchlaucht beim Ausscheiden aus dem Reichsdienst Meinen aufrichtigsten Dank für die ausgezeichneten Dienste auszusprechen, welche Eure Durchlaucht seit nahezu fünfundvierzig Jahren Meinen drei Vorgängern an der Krone und Mir Selbst in stets gleicher Treue geleistet haben. Zu Eurer Durchlaucht hervorragendsten Verdiensten wird die Geschichte außer der Haltung, welche Eure Durchlaucht als Gesandter am Kaiserlich-russischen Hofe während des deutsch-französischen Krieges eingenommen, stets den erfolgreichen Anteil zählen, welcher Ihnen an der Aufführung des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn zufällt, und nicht minder wird sie die Verdienste anerkennen, welche Eure Durchlaucht Sich in den seitdem verflossenen fünfzehn Jahren um die Festigung und Stärke dieses Bundes erworben. Als Zeichen meiner warmen Anerkennung habe Ich Eurer Durchlaucht die Brillanten zu Meinem Hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen, dessen Insignien Ich Ihnen anbei zu geben lasse. Ich benutze diesen Anlaß, um Eurer Durchlaucht mit den aufrichtigsten Wünschen für Ihr fernereres Wohlergehen die

Versicherung der fortbauernden freundschaflichen Gesinnungen zu erneuern womit Ich verbleibe Eurer Durchlaucht freundwilliger Vetter Wilhelm. I. R. An des Prinzen Heinrich VII. Reuß Durchlaucht.

Zu Ehren der Kaiserin Auguste Viktoria wurde am Dienstag Abend der Markusplatz in Bonn bengalisch beleuchtet. Eine dicht gedrängte Menge harzte geduldig auf die Kaiserin. Bei dem Erscheinen der Kaiserin um 9½ Uhr erfolgten stürmische Kundgebungen, welche sich wiederholten, als die Musikkapelle die deutsche Hymne spielte. Die Kaiserin dankte wiederholt halbvoll für die enthusiastischen Kundgebungen. Die Kaiserin, welche vom Herzog Ernst Günther begleitet war, verließ nach 10 Uhr den Markusplatz.

Die Grundsteinlegung der beiden neuen Garnisonkirchen in Berlin, der zweiten evangelischen Garnisonkirche auf dem Kaiser Friedrich-Platz und der katholischen Garnisonkirche bei den Schießständen der Hasenheide, hat gestern Vormittag mit großer militärischer Prachtentfaltung in Gegenwart des in Vertretung des Kaisers erschienenen Prinzen Friedrich Leopold stattgefunden. Vertreten waren das Kultus- und das Kriegsministerium und die beiden Kirchen durch die Spitzen der Geistlichkeit. Bei der Grundsteinlegung der evangelischen Kirche hielt Divisionspfarrer Platz, bei der katholischen Armee-Bischof Dr. Ahmann die Weiherede.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm den Gesetzentwurf an, betreffend die Umgestaltung der Eisenbah verwaltung. (Nicht zur Verwendung gelangende Beamte.) Freitag soll der vom Abg. Sattler abgefaßte Bericht über die Finanzlage des preußischen Staates in Berathung genommen werden.

Zum Gesetzentwurf wird über die Stellung der Regierung im „Hamb. Cour.“ geschrieben: „Die Mehrheit, mit der das Gesetz angenommen wurde, sank gegen die zweite Lesung am 1. Dezember 1893 von 37 Stimmen auf 23 — eine Mehrheit, die um so weniger imposant ist, als 89 Abgeordnete fehlten, darunter besonders viele Konservative. Der

Die Hochzeitsfestlichkeiten in Coburg.

(Nachdruck verboten.)

Coburg, 17. April.

Coburg schwelt förmlich in Festesfreude, und von der Wahrheit des Goethe'schen Wortes, „nichts schwerer zu ertragen ist, als eine Reihe von frohen Tagen, kann man sich vorufig hier noch nicht überzeugen. Festesjubel und Festestrubel herrschen hier anläßlich der Vermählung des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen mit der Prinzessin Victoria Melita von Sachsen-Coburg-Gotha von früh bis spät, zumal auf der via triumphalis, die vom Bahnhofe zur Stadt führt, und auf dem weiten, mit hübschen Gartenanlagen versehenen Schloßplatz, der von dem imposanten Residenzschloß und dem vornehm-einfachen Palais Edinburg, welches der Herzog mit seiner Familie bewohnt und welches eine Zahl derfürstlichen Gäste — wie und wo, wird stets ein Räthsel für den Draußenweilenden bilden — birgt, begrenzt wird. Hier ist stets etwas zu sehen, hier gibt es immer von neuem Unterhaltung: die schmucken fürstlichen Equipagen jagen mit Mitgliedern der Herzogsfamilie zum Bahnhofe, Ordonnanzen mit gewichtigen Mappen kommen einhergetrabt, Kammerherren und hohe Staatsbeamte in ordensübersäten Uniformen gehen ein und aus, Postillone in Gala bringen Depeschen und Pakete, Offiziere, deren Uniformen man vordem in Coburg noch nie gesehen, statten ihre Meldungen ab, und klingenden Spiels erscheint die Militär-Musikkapelle und bringt den um die Frühstücks- oder Mittags- oder Abendtafel im Palais versammelten fürstlichen Herrschaften ein Ständchen, während die hübschen Coburgerinnen wie nicht minder die Coburger

auf den sauberen Promenadenwegen entlang schlendern und man ihren vergnügten Mienen die Freude darüber anmerkt, daß ihnen der liebe Gott eine so reiche Fülle froher, sorgen- und arbeitsfreier Tage geschenkt hat.

Dem ganzen höfischen wie volksthümlichen Treiben haftet aber etwas ungemein Anheimelnd-Gemütliches, dabei doch nichts Kleinliches und Unbedeutendes an, es fehlen hier, wie es in Berlin stets der Fall ist, jene widerwärtigen Krakelelemente, die sich mit Hilfe ihrer Ellenbogen und Lungenkräfte stets so unangenehm breit machen, es fehlen ferner die nicht minder unangenehmen Berliner polizeilichen Absperrungs-Maßregeln; trotz des großen Volksandranges läßt man die Menge überall ungehindert verkehren, und die fränkische Wohlgesittetheit zeigt sich dabei in bestem und liebenswürdigstem Lichte auf beiden Seiten, auf der der Polizei wie Gendarmen und der der Bevölkerung. Nirgends „Radau“, nirgends Tumult, eine heitere Fröhlichkeit und zufriedene Beschaulichkeit, und das scheint ganz den Wünschen des Herzogs Alfred zu entsprechen, der trotz des mit einem Male so veränderten rauschenden Hoflebens, trotz der ständig an ihn herantretenden neuen Pflichten und Obliegenheiten, trotz der Gastlichkeit, Audienzen und Empfänge stets eine sich gleichbleibende Freundlichkeit zur Schau trägt und nie seine persönliche Bonhomie — der Schreiber Dieses konnte sich hiervon aus nächster Nähe wiederholt überzeugen — verliert.

Einen beträchtlichen Theil des Tages muß der Herzog und müssen seine Familien-Mitglieder den Fahrten zum Bahnhof und dem Aufenthalte derselben widmen, denn das „Parterre von Königen und Fürstlichkeiten“, vor dem, wie es in den wochenlang vorher versandten und auch so wohlbekannten Reklame-Notizen hieß, der

große Ludwig Barnum pardon Barnay spielen wird, ist erst im Escheinen begriffen. Gestern Nachmittag kurz vor 5 Uhr traf hier in einem Sonderzuge der Großfürst Thronfolger von Russland ein, dem der festlichste Empfang zu Theil wurde. Die Ehrenjungfrauen auf dem Söller des zweiten Triumphbogens nahe der Stadt, die bekratzten Magistratsmitglieder und Stadtverordneten vor der ersten Ehrenpforte am Bahnhofe, einige altdorfisch gekleidete Herolde (sie sollen auch Nachts den Spieß tragen, neben dem üblichen Horn), die Gewerk-Vorsteher mit ihren Fahnen, die freiwilligen Krankenpfleger, deren Freiwilligkeit nie in Anspruch genommen wird — denn die Coburger denken garnicht daran, auf der Straße ohnmächtig umzufallen —, all das kennen wir schon, denn es ist seit letztem Sonnabend bis kommenden Donnerstag in Permianz erklärt. Auch der Bahnhof zeigt dasselbe Bild: links vom Perron die Ehrenkompanie mit der gesammten Regimentsmusik und den erwartungsvollen Offizieren, mehr rechts, vor dem Eingang zu den Fürstenzimmern, eine glänzende Suite von hohen Beamten, von Adjutanten, fremden Bevollmächtigten, auswärtigen Militärs, zehn Schritte, wenn es so viel sind, noch weiter rechts eine Gruppe schwarzeröder, Cylinderbewaffneter Journalisten und Zeichner, in deren Unterhaltung die englische Sprache vorherrscht und aus deren kompakter Masse sich die schlanken Gestalten zweier gleichfalls die Feder, hier allerdings den Bleistift schwingender Ladys abheben.

Das Alles ist nichts Neues, aber wie „c'est le ton, qui fait la musique“, so auch bei diesen Empfängen — äußerlich ähneln sie sich, aber innerlich mögen sie recht verschieden sein. „Achtung, präsentirt das Gewehr!“ so erscholl es auch gestern kurz vor fünf Uhr.

Der Herzog erschien auf dem Bahnhofe, begrüßte die Anwesenden und ebenso die gerade mit der für die Königin von England bestimmten Ehren-Eskadron aus Berlin eingetroffenen Garde-Dragoner: Offiziere, diesem und jenem von ihnen, den er von früher her kannte, die Hand schüttelnd, und unterhielt sich dann mit seinen Damen. Welch' geschmacvolle Toiletten: nirgends Mode-Thorheiten und Übertreibungen, nirgends die meterbreiten Puffärmel und Doppelschleifen! Die Herzogin trug ein Kostüm aus taubengrauer gerippter Seide mit einem leichten, bordeauxrothen Atlas-Mantelet, die Kronprinzessin von Rumänien ein zartes Kleid aus fließfarbiger indischer Seide, die Braut, Prinzessin Victoria Melita, weiße Seide mit einem schwarzen, mit breiten weißen Spitzenstreifen durchzogenen Mantelet, Prinzessin Alex von Hessen hellblaue Seide mit kostbaren Spitzen. Jetzt schaute auch schon der Zug, mit zwei Maschinen bespannt, herein, die Musik spielte die russische Nationalhymne, der breite Schlaf- und Salonwagen hielt direkt vor der herzoglichen Familie, und jugendlich-frisch sprang der Großfürst Thronfolger, die schmächtige, unterseitige Figur in die Höhe, mit weißer, pelzverbrämter Attila versehene Husaren-Uniform gehüllt, die Stufen herab, die Erschienenen mit herzlicher Umarmung und nicht minder herzlichen Rüssen begrüßend. Gleich freudig erregt folgten ihm Großfürst und Großfürstin Vladimir, Großfürst und Großfürstin Serge, sowie Großfürst Paul von Russland (die Herren in russischen Uniformen, die Damen in vornehm-praktischen Reise-Kostümen), und die Begrüßung untereinander war dieselbe überaus warme und herzliche, nicht nur mit der herzoglichen Familie, auch mit den anderen Fürstlichkeiten, vor allem dem Großherzog von Hessen (in Generalsuniform)

Bundesrathetisch, an dem der Staatssekretär v. Boetticher saß, blieb stumm, der Reichskanzler war nicht erschienen. Bis der Bundesrat sich über seine Stellung zu dem Gesetz schliessig gemacht hat — was ja wohl eine Weile dauern wird — können wir in nächster Zeit ungezählte Male hören, der Bundesrat werde dem Gesetz zustimmen, obgleich Graf Caprivi im Jahre 1892 in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident erklärte, Preußen werde gegen die Zulassung stimmen, und seitdem keinerlei Moment eingetreten ist, das zu einer anderen Ansicht berechtigen könnte. Dass auch bei den Regierungen anderer Bundesstaaten keine Meinung besteht, das Jesuiten-Gesetz aufzuheben, ist eine bekannte Thatsache, und so wird der Zentrumspartheid dies kostbare Inventarstück aus dem Windthorst'schen Erbe noch für — hoffentlich! — recht lange Zeit erhalten bleiben!"

— Zwischen den Organen des "Bundes der Landwirthe" und der amtlichen "Leipz. Blg." schwelt seit längerer Zeit eine heftige Feinde. In seiner neuesten Nummer bringt das amtliche Blatt wieder einen scharfen Artikel gegen den Monopol-Antrag des Grafen Kanitz; darin macht es folgende ebenso offenkundige wie interessante Bemerkung: "Die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" hat, getreu seinen sozialdemokratischen Mustern, schon längst den "Boycott" über uns verfügt und damit auch bereits ganz respektable Erfolge erzielt. Die "Kreuzzeitung" irrt, wenn sie glaubt, daß wir uns durch solch geschäftliche Rückstände abhalten lassen würden, unsere Überzeugung auch ferner auszusprechen. Wir wiederholen daher: der Antrag Kanitz ist ein Hohn auf das konservative Programm und ein Schritt, den die Partei noch bitter büßen wird." Ein amtliches Organ von den "Stühlen von Thron und Altar" mit Erfolg unter Boykott gestellt — auch das ist ein charakteristisches Zeichen der Zeit.

— Der Gesetzentwurf über die Verpfändung von Eisenbahnen ist vom Herrenhause am 27. Februar einer Kommission zugewiesen worden. Diese Kommission hat noch nicht getagt. Es erscheint sonach ganz ausgeschlossen, daß der Gesetzentwurf noch in dieser Session im Abgeordnetenhaus zur Verabschiedung gelangt. Es wäre wünschenswert, daß bei der Art der Geschäftsbearbeitung im Herrenhause wichtige Vorlagen nicht zuerst diesem Hause zugingen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Unter türrischen Elgenruhen wurde am Dienstag die Spezialdebatte über das Ehegesetz beendet. In der Schwebe blieb nur der Abschnitt über die Auflösung der Ehe. Von den Mitgliedern des Herrscherhauses schwieg selbst die Opposition, nachdem eine bezügliche Sondervorlage zu geeignetem Zeitpunkt in Aussicht gestellt worden war. Nunmehr gelangt das Ehegesetz in den aller nächsten Tagen vor das Oberhaus, wo dessen Chancen unter dem Eindruck der Vorgänge im Unterhause wesentlich verbessert erscheinen.

Die Stadt Neu-Sandec wurde am 17. d. durch eine gewaltige Feuersbrunst großenteils zerstört. Der innere Stadtteil, namentlich die Pfarrkirche, eine andere katholische und die evangelische Kirche, das Jesuitenloster, das Gymnasium, das Postgebäude und viele Privathäuser sind in Asche gelegt. Aus Krakau ging

die Feuerwehrmannschaft mittels Sonderzuges nach Neu-Sandec. — In Adlerfesteck i. B. sind 33 Häuser abgebrannt und dabei 2 Personen umgekommen. Dreihundert Menschen sind obdachlos.

Schweiz.

Der Bundesrat hat die Volksabstimmung über das Volksbegehren nach Garantierung des Rechtes auf Arbeit durch die Bundesverfassung auf den 3. Juni angefechtet. Die Bundesverfassung empfiehlt dem Volke die Ablehnung dieses Begehrens.

Italien.

In der italienischen Deputirtenkammer protestierte Imbriani gegen einige Äußerungen des Ministerpräsidenten Crispi, welche nach des Redners Ansicht eine Drohung enthielten. Crispi habe gesagt, er wolle, wenn die Kammer nicht Folge leiste, andere Mittel suchen. Dies bedeute, daß Crispi das Dekret über die Kammerauflösung in der Tasche habe. (Ruf Crispi: "Ich habe es noch nicht.") (Heiterkeit.) Crispi gab alsdann zu, daß er am Montag, dem Tone der Debatte entsprechend, etwas heftig gewesen sei und entschuldigte sich deshalb. (Zustimmungsrufe.) Er habe die größte Achtung vor der nationalen Vertretung, er sei alter Parlamentarier und bewege sich auf dem Pfade der Institutionen, ohne welche Italien nicht leben könne. Er sei kein Freund Königlicher Steuerdekrete; niemals könnten von den Ministerbänken aus gegen die Prärogative des Parlaments gerichtete Akte erfolgen. Er hoffe, selbst Imbriani werde finden, daß seine Erklärungen sich stets in den Grenzen der konstitutionellen Gebräuche hielten. Imbriani drückte seine Freude über die freimütigen Erklärungen des Ministerpräsidenten aus; er könne aber nicht zugeben, daß die Ersparnisse am Militäretat als Verirrungen angesehen werden. (Umuhe.) Der Zwischenfall war hiermit erledigt.

Spanien.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag hat die agrarischen Gemüther in Spanien womöglich noch stärker erhitzt als in Deutschland. Es ist daher keine kleine Aufgabe, die sich das derzeitige liberale Kabinett Sagasta gestellt hat, die Handelsverträge in den Cortes zu vertreten. Es steht dabei nicht nur seine ganze Ministerherrlichkeit auf das Spiel, sondern die einzelnen Minister sehen sich auch zur Zielscheibe heftiger persönlicher Angriffe gemacht. Ein solcher persönlicher Konflikt hatte nun, wie bereits gemeldet, einen ernsten Zwischenfall zwischen dem Finanzminister Moret und dem Herrn Mochales, dem agrarischen Präsidenten der Senatskommission zur Beratung der Handelsverträge, heraufbeschworen. Beide Theile sandten sich ihre Beugen und ein Duell schien unvermeidlich. Nur dem ehrlichen Bestreben der beiderseitigen Freunde und namentlich der Intervention des Senatspräsidenten ist es, Madrider Depeschen zufolge, gelungen, die Angelegenheit auf gütlichem Wege beizulegen. Der Zwischenfall ist damit erledigt.

Frankreich.

In dem Budget für 1895 hat der Finanzminister eine Taxe von 30 p.C. auf die Güter der religiösen Genossenschaften vorgeschlagen. Diese Güter werden auf einen Werth von 500 Millionen geschätzt. Im Ministerrat wurde auch die Haltung verschiedener Bischöfe und Geistlichen gegenüber der neuen Gesetzesgebung, betreffend die Rechnungsablegung der Kirchenbücher, besprochen. Die Regierung ist

Königin. Böllerchüsse verkündeten das Nahen des Juges, der königliche Salonwagen hielt vor einem grün-weiß gestreiften, mit Fahnen- und Wappen-Dekorationen geschmückten Leinwandzelt, unter welchem sich die herzogliche Familie versammelt hatte. Die Königin saß dicht am Fenster und grüßte hinaus, der Herzog bestieg den Wagen und küsste seiner Mutter respektvoll die Hand, dann folgten ihm die Damen und sein Sohn. Langsam verließ die schwarzgekleidete Königin den Wagen, es erfolgte mit wenigen Worten die Vorstellung der herzoglichen Gefolgshaft, hierauf nahm die Herrscherin in der vor dem Zelt haltenden offenen Equipage nebst ihrem Sohne und dessen Gemahlin Platz und fuhr langsam an der in zwei Gliedern aufgestellten Dragoner-Ehren-Eskadron, deren Musik das "Heil dir im Siegerkranz" anstimmte, vorbei. Unter dem Donner der Geschüze von der Festung, dem Geläut der Glocken und dem Jubel der tausendköpfigen Bevölkerung erfolgte nach der üblichen, oberbürgermeisterlichen Ansprache die Einfahrt in die Stadt auf der mit Tannenzweigen dicht bestreuten Feststraße, wobei der Wagen der Königin von den Dragonern eskortiert wurde. Auf dem Schlossplatz führte unter rauschenden Klängen des Präsentirmarsches der Herzog mit seinem Sohne das Bataillon an seiner Mutter vorüber, dann salutierten unter schmetternder Musik die Dragoner vorüber — es war ein entzückendes Bild voll Farbe und Bewegung, zumal auch nach regentrüben Stunden hell und fröhlich die Sonne zum Vorschein kam.

Paul Lindenbergs

entschlossen, dem Gesetz die gebührende Achtung zu verschaffen und zu diesem Zweck, wenn nötig, die strengsten Maßregeln zu ergreifen.

Großbritannien.

Das englische Unterhaus verwarf mit 252 gegen 219 Stimmen ein gegen die schottische Homerule gerichtetes Amendment Balfour zu dem Regierungsantrage, betreffend die Ernennung eines großen Ausschusses für schottische Angelegenheiten. Weiterhin nahm das Unterhaus die erste Lesung einer Bill zur Aufhebung der Befugnis des Oberhauses, sein Veto gegen vom Unterhause angenommene Gesetze abzugeben, an. — Damit ist der Feldzug gegen das Oberhaus eröffnet.

Amerika.

Aus Brasilien kommt die weitere Meldung, daß der "Aquadaban", das frühere Schiff des Admirals Mello, durch ein Torpedoboat der Regierung zum Sinken gebracht ist. Zugleich meldet die "Times", Mello habe sich am Tage vorher mit dem Reste seines Geschwaders und 1200 Mann den argentinischen Behörden unter der Bedingung übergeben, als politische Flüchtlinge behandelt zu werden.

Provinzielles.

a. Kulmer Stadtmauer, 17. April. Die Buhnenarbeiten an der Weichsel und dem Schwarzwasser konnten bei dem diesjährigen kleinen Wasserstande bereits in Angriff genommen werden.

Schneidemühl, 16. April. Vorgestern gegen Abend fiel der sechsjährige Knabe August Flöck in der Nähe des Kaufmann Hirsch'schen Hauses in der Bromberger Vorstadt in den Küttowstuh und kämpfte mit dem Tode. Obwohl viele Leute auf das Hilfeschrei anderer Kinder herbeieilten, wagte es doch Niemand, das Kind aus den Flutwellen zu retten. Da wurde von Weitem der Ober-Lazarettgehilfe Seibt die Gefahr gewahr, eilte schnell hinzu und brachte den Knaben glücklich an das Ufer. Da der Knabe bereits leblos zu sein schien, so wurden auf Anordnung des Retters mit ihm sofort Wiederbelebungsversuche angestellt, welche auch von Erfolg waren. Der mutige Retter verdient öffentliche Anerkennung.

Karthaus, 17. April. Eine unfreie jüdische Bürger und naiventlich deren Kultusbeamte interessierende Rechtsangelegenheit kam in der heutigen Sitzung des hiesigen Schöffengerichts zur Verhandlung.

Gegen den hiesigen Kanton Wagenheim, der hier im Kreis das rituelle Schlachten von Thieren, das sogenannte Schächten besorgt, waren Strafbefehle in Höhe von 10 M. und 3 M. erlassen worden, weil W. die von ihm geschlachteten Thiere vor dem Schlachten durch Stirnschlag nicht betäubt hatte, wie dies die Regierungspolizeiverordnung vom 9. Mai 1893 bestimmt. Nachdem W. gegen die Strafbefehle Einspruch erhoben, gab er die in demselben angeführten Thatsachen im gerichtlichen Termine zu. Angeklagter und sein Bertheiliger, Herr Rechtsritter Busch, machten jedoch geltend, daß die angegebene Regierungspolizeiverordnung offenbar nur Thierquälerei beim Schlachten verbieten wolle, daß aber die Schächten nicht schmerzhafter sei, als das Schlachten nach vorheriger Betäubung der Schlachthiere, wie dies hervorragende Thierärzte bereits vielfach bestätigten; die erwähnte Polizeiverordnung sei aber auch zu Unrecht erlassen worden, weil der Artikel 12 der Verfassungsurkunde die Freiheit des religiösen Bekenntnisses gewährleistet; das rituelle Schlachten von Thieren gehöre aber zur freien Religionsausübung der Juden, die Fleisch von Thieren, welche vor dem Schlachten durch Stirnschlag betäubt worden sind, nach mosaischem Glaubensgebet nicht essen dürfen und durch Respektierung zum Vegetarianismus gezwungen werden würden. Der als Sachverständiger vornommene Rabbiner Herr Dr. Werner aus Danzig bestätigte, daß das Schächten eine auf Tradition und biblischer Vorschrift (Moses Buch 3 und Buch 5 XII 21) beruhende religiöse Sitzung der Juden sei. Der Gerichtshof erkannte dahin, daß die Eingangs erwähnte Polizeiverordnung mit dem Artikel 12 der preußischen Verfassungsurkunde in Widerspruch stehe und der Angeklagte daher von Strafe und Kosten freizugesetzt sei.

Danzig, 18. April. Der schon erwähnte Vertrag zwischen dem Vorstande des Heiligkreuz-Hospitals und dem Eisenbahnhospitale, nach welchem das Heiligkreuz-Hospital auf seinem Terrain am Olivaerthor ein großes Gebäude für die neu zu errichtende Eisenbahndirektion Danzig erbaut und auf eine Reihe von Jahren an den Eisenbahnhospitale für jährlich ca. 45 000 M. vermietet ist, ist gestern unterzeichnet und gleichzeitig vom Magistrat als Patronatsbehörde des Hospitals genehmigt worden. Da der Vertrag hiermit perfekt geworden, hat man bereits gestern Nachmittag mit den Bauarbeiten zu dem neuen Gebäude begonnen.

Erling, 17. April. Die hiesige Strafkammer verurtheilte heute den Referendar Arnold Freimuth aus Danzig wegen Duells zu 3 Monaten Festungshaft. Der Verurtheilte hatte den Dr. med. Wanenburg herausgefordert. Das Pistolenduell wurde am 15. Januar in Königsberg abgehalten und verlief unblutig.

Aus dem Ermlande, 15. April. Ein Tag mit heiterem Anfang und trübem Ausgang war der vorgegriffene für einige Bewohner der Ortschaft Freimarkt. Zwei Töchter des Eigenkätners Wichter feierten zu gleicher Zeit ihre Hochzeit. Während die beiden Brautpaare in der Pfarrkirche zu Benven getraut wurden, brach plötzlich im Hochzeitshause Feuer aus, welches sowohl dieses, als auch noch ein in der Nähe stehendes Wohnhaus in kurzer Zeit einscherte. Die heimkehrenden Hochzeitsleute fanden statt der gehofften gastlichen Räume nur einen rauchgeschwärzten Trümmerhaufen.

Königsberg, 16. April. Die "Königsbl. Allg. Blg." schreibt: Wo sich ein Verein bildet, da kommt auch ein Gegenverein zu Stande — dieses Ergebnis hat sich auch bei der eigenartigsten Blüthe unseres Vereinswesens, dem Kreuzotterverbildung-Verein gezeigt. In Folge "Sesession" eines oder mehrerer Mitglieder, darunter eines "Hauptschlangen-Fängers," hat sich hier ein neuer Kreuzotterverein unter dem Vorsteher des bekannten Thier- und Vogelhändlers Herrn Julius Schulze, in der Passage wohnhaft, gebildet, und sich ebenfalls die Aufgabe gestellt, dem Schlangen-Sport obzuliegen und die Kreuzottern lebend in Gewahrsam zu bringen. Eine Deputation dieses Vereins erschien heute in unserem Redaktionsbüro und legitimirte sich durch Vorzeigung von

29 lebenden Kreuzottern verschiedener Größe und Farbe, die in einer Flasche untergebracht waren und wild umher züngelten. Sämtliche 29 Kreuzottern waren von Mitgliedern des neuen Vereins am gestrigen Sonntag in der Kaperner Haide gefangen worden.

S. Argenau, 17. April. Den Bußtag zum Neubau der evangelischen Kirche hat Maurermeister Langer in Nowraclaw erhalten. — Die Königliche Regierung zu Bromberg hat dem hiesigen Hauptlehrer Priere eine einmalige persönliche Belohnung von 75 M. bewilligt. — Die Reichstagssatzung im Wahlkreise Nowraclaw-Strelno-Mogilno findet am 16. Mai statt.

Ostrowo, 17. April. Heute Nachmittag brach in der Bieckmarkstrasse hierelbst auf dem Gehöft des Kohlenhändlers Kaiser Feuer aus, das sich in etwa einer Stunde zu einem Straßenbrande entwickelte. Nachdem auf diesem Gehöft ein Wohngebäude niedergebrannt war, standen bald durch Flugfeuer weitere 4 Häuser ufw. in Flammen und wurden total eingeebnet, während auch das auf der anderen Seite der Straße gelegene Haus des Handelsmannes Schall in Brand geriet und ebenfalls in Asche gelegt wurde. Die Feuerwehr, von der ein Theil hierorts abwesend war, weil die Mannschaften zu einem Großfeuer nach Adelnau telegraphisch berufen waren, arbeitete mit aller Kraft, des Feuers Herr zu werden; gegenwärtig ist der Brand noch nicht ganz gelöscht, doch hofft man, weiteres Unglück zu verhüten. Es sind bereits eine ganze Anzahl Familien obdachlos. Seitens der hiesigen Polizei, die ihre Anstrengungen mit der der Feuerwehr verband, um Hilfe zu leisten, ist auf telegraphischem Wege die Adelnauer und Naschlauer Feuerwehr berufen worden. Das Feuer brach so überraschend schnell aus, daß wenig gerettet werden konnte, zudem auch wegen des heute hier abgehaltenen Jahrmarkts viele Bewohner von ihrer Behausung abwesen waren. Nur Wenige waren versichert; der Schaden ist daher nicht unbedeutend.

Lokales.

Torn, 19. April.

[Stadtverordnetenversammlung] am 18. d. M. Nachmittags 3 Uhr. Anwesend sind die Herren Erster Bürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister Stachowitz, Syndikus Kelch, Stadtbaurath Schmidt, Stadtrath Riedes, Stadtrath Fehlauer, Stadtverordnetenvorsteher Prof. Voethle und 27 Stadtverordnete. — Der Berichterstatter des Finanzausschusses Herr Gerbis trägt die Rechnung der Kämmerei - Depositenklasse pro 1. April 1892/93 vor, worauf dem Rechnungsführer Entlastung ertheilt wird. — Von der Bezeichnung, daß gefürchtigte, der Kämmerei-Bewaltung gehörige Effekte nicht vorhanden sind, wird Kenntniß genommen. — Die Deckung der Kosten für die Einrichtung von Gas-Glühlampen im Stadtverordneten-Sitzungssaale im Betrage von 298,80 M. wird bewilligt. — Der Beleihung des Grundstücks Neustadt Nr. 74 mit 1500 M. wird zugestimmt. — Der Tarif für die Entnahme von Wasser aus der städtischen Wasserleitung wird auf 25 Pf. pro Kubikmeter festgestellt. Als Minimalatz soll vierteljährlich berechnet werden für jeden Wohn- oder Wirtschaftsraum 50 Pf. Kloset, Badeeinrichtung 1 M., Pissoir 25 Pf. usw., Keller und Bodenräumlichkeiten werden nicht berechnet, die dauernde Abnahme eines außerordentlich großen Quantums unterliegt besonderer Vereinbarung. Auf eine Anfrage aus der Versammlung stellt Herr Stadtbaurath Schmidt mit, daß die Berechnung des Minimalquantums dann in Anwendung kommt, wenn der aufgestellte Wassermesser weniger als dasselbe zeigt; ein Abgaben-erlaß, falls eine Leitung wegen Leerstehens einer Wohnung eine längere Zeit hindurch nicht benutzt wird, kann auf besonderen Antrag vom Magistrat gewährt werden. Der Tarif kann erst in Kraft treten, sobald die gesammelte Wasserleitung fertig gestellt ist, der Zeitpunkt läßt sich jetzt noch nicht mit Sicherheit bestimmen. — Der Berichterstatter des Verwaltungs-Ausschusses Herr Henzel bringt sodann einen Antrag der Herren Stadtverordneten Gerbis und Genossen zur Kenntniß, nach welchem die Stadtverordnetenstungen u. 4 Uhr statt wie bisher um 3 Uhr beginnen sollen. Der Ausschuss empfiehlt die Anna derselben. Nach einer längeren Debatte, welcher die Herren Gerbis, Tilk und Kolt dafür, die Herren Kohn, Preuß, Hartmann, Dietrich und Feyerabend dagegen sprechen, wird der Antrag mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. — Als Schiedsmänner für II., IV. und V. Schiedsmannsbezirk werden die Herren Hirschberger, Zil, Grosser Herm. Granke wiedergewählt. — Dem L. trug mit dem Dachdeckermeister Hugo Krause von hier über Verkauf eines Theilstücks der Brauerstraße an denselben wird zugestimmt. — Die Einverleibung der aus dem Gutsbezirk Weißhof für das Wasserwerk erworbenen Grundstücke in das Stadtgebiet sowie der Übergang des alten Weißhofer Kirchhofs aus der Verwaltung der Forstdéputation in die des städtischen Wasserwerks wird beschlossen. Auf eine Bemerkung des Herrn Preuß, daß es des ehemaligen Kirchhofes unwürdig sei, daß über denselben eine Fahrstraße angelegt und dort Schutt abgeladen werde, entgegnet Herr Stadtbaurath Schmidt, das betreffende Terrain sei seinerzeit als Ackerland verpachtet worden, es sei auch nicht darauf gebaut, sondern zu diesem Zweck ein dahinter liegendes Terrain erworben worden, die Nutzung des Terrains als Fahrstraße habe sich bei dem Bau nicht vermeiden lassen, jetzt sei dasselbe durch Anpflanzung von Birkenalleen wieder verschönert worden.

Der Antrag des Herrn Oberingenieur Mezger vom 6. cr. auf Entbindung von seiner hiesigen Stellung zum 1. Juli d. J. wird zur Kenntnis genommen. — Für die Instandsetzung der Balkendecke über dem Magistratsitzungssaale werden die erforderlichen 900 Mark bewilligt. — Am 1. April sind die Schlachtgebühren im städtischen Schlachthause erhöht worden, daraufhin hat die hiesige Fleischerinnung unterm 7. April eine Eingabe an den Magistrat gerichtet, in der ausgeführt wird, daß sich die Erhöhung der Schlachtgebühren doch nur mit der Einrichtung eines Kühlhauses motivieren lässe und daß daher die erhöhten Schlachtgebühren erst von der Fertigstellung dieses Gebäudes an erhoben werden möchten. Da durch die Erhöhung der Gebühren die hiesigen Schlächter schlechter als die auswärtigen gestellt sind, indem die letzteren seitdem auswärts schlachten, wodurch auch die Schlachthaus-Einnahmen heruntergegangen sind, hat der Magistrat beschlossen, bis zur Fertigstellung des Kühlhauses wieder auf die alten Sätze zurückzugehen und ersucht die Stadtverordnetenversammlung, diesem Beschlusse beizutreten. Herr Prof. Feyerabendt bittet, die bisher nach den erhöhten Sätzen zuviel gezahlten Gebühren zurückzuzahlen. Herr Wakarecy erklärt, die beteiligten Schlächter seien bereit, den erhöhten Tarif noch bis zum 1. Mai zu zahlen, beantragt aber dafür die bisherigen Gebühren bis einen Monat nach Fertigstellung des Kühlhauses zu erheben. Nachdem der Magistratsantrag abgelehnt worden ist, erklärt Herr Erster Bürgermeister Dr. Kohli, daß die erhöhten Gebühren in Kraft bleiben würden, falls der Antrag Wakarecy in der Versammlung angenommen, vom Magistrat aber abgelehnt würde; Herr Prof. Feyerabendt entgegnet, wenn der Magistrat zugebe, daß das Schlachthaus durch die erhöhten Gebühren geschädigt sei, so müsse die Stadtverordnetenversammlung die Verantwortung dafür ablehnen, wenn der Magistrat dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung nicht beitreten wolle. Herr Kohn modifiziert den Antrag Wakarecy dahin, daß die Gebühren sofort herabgesetzt und dafür 18 Tage nach Fertigstellung des Kühlhauses wieder erhöht werden sollen und dieser Antrag wird darauf mit großer Majorität angenommen. — Auf ein Gesuch der städtischen Nachtwächter um Erhöhung ihrer Bezahlung und Gleichstellung in den Sommer- und Wintermonaten hat der Magistrat beschlossen, das Gehalt um 3 Mark monatlich zu erhöhen und auf 36 Mk. gleichmäßig festzusetzen. Die Versammlung tritt diesem Beschlusse bei. — Nachdem sich die Verhandlungen mit dem Militärfiskus wegen Erwerbung eines fiskalischen Grundstücks an der Defensionskaserne nebst dem schiefen Thurm zur Einrichtung einer Kläranlage für die Kanalisation wegen der zu hohen Forderungen des Fiskus zerschlagen haben, empfiehlt der Magistrat den Ankauf eines in der Fischereivorstadt gelegenen Herrn Walter gehörigen Grundstücks von 77 ar 83 qm zum Preise von 21 000 Mk. zu diesem Zwecke. Das betreffende Grundstück bietet durch seine freiere und niedrige Lage, wodurch auch der Anschluß der Fischereivorstadt an die Kanalisation ermöglicht wird, verschiedene Vortheile gegen das ursprünglich in Aussicht genommene und haben sich auch die Vertreter der Staatsbehörden der Abänderung des Projekts gegenüber sehr günstig ausgesprochen. Nach der Ansicht des Herrn Stadtbaurath Schmidt werden Belästigungen der Anwohner durch Errichtung der Kläranlagen nicht entstehen und deshalb auch Entschädigungen kaum zu zahlen sein. Die Versammlung erklärt sich mit dem Magistratsantrage einverstanden. — Es folgt eine geheime Sitzung.

[Personalien.] Dem Bezirksoffizier, Major Rosenhagen aus Strasburg ist das Amt eines Grenzpolizeikommissarius in Thorn verliehen worden. Derselbe hat bereits seine Stellung angetreten.

[Eine kostenlose Gebietsvergrößerung] steht dem preußischen Staate vor. Die Drenow, welche die Grenzlinie zwischen Russland und dem Kreise Briesen bildet, hat sich in der Nähe des preußischen Gutes Josephat während des Hochwassers im Jahre 1888, für eine Strecke von 500 Metern ein neues Flussbett gesucht und hierdurch ungefähr 4 Hektar Wiesen von Russland abgeschnitten. Dieser abgetrennte Theil wurde bald ein bevorzugter Schlußpunkt für Schmuggler und Diebe, so daß die beteiligten Regierungen zur Steuerung der hervorgetretenen Unzuträglichkeiten eine Neuregelung der Grenzverhältnisse eingeleitet haben. Die für diesen Zweck ernannten beiderseitigen Kommissare sind vorbehaltlich höherer Genehmigung dahin über eingekommen, daß das fragliche Stück Land ohne Entschädigung an Preußen abgetreten werden soll, indessen im Privatbesitz des Gutsbesitzers Cisowski auf Tomkowo in Russland verbleibt.

[Die Petition des Verbandes ost- und westpreußischer Brauerei- und Mälzereibetriebe] betreffend die Einführung des Liters als gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsmaßes für Bier in gewissen

Gebinden ist von der Petitions-Kommission des Reichstags an den Reichskanzler zur Kenntnisnahme überwiesen worden.

[Zollamtliche Verfügung.] Die in öffentliche Niederlagen oder in Privatlager unter amtlichem Mitverschluß zur Befüllung mit Getreide eingebrachten inländischen Säcke sind dem zollpflichtigen Lagerbestande zuzuschreiben und ist das Getreide sodann nach dem Brutto-Gewicht von der Niederlage abzufertigen, sofern die Säcke tatsächlich zur Lagerung aufgenommen werden. Als eine Lagerung ist es aber nicht anzusehen, wenn inländische Säcke in ein derartiges Lager lediglich zu dem Zwecke gebracht werden, um nach Maßgabe der Abmeldung die Entfernung des losen gelagerten Getreides zu bewerkstelligen. In solchen Fällen ist stets das Nettogewicht des Getreides als zollpflichtig zu behandeln, und zwar nicht nur dann, wenn das in Niederlagen losen gelagerte Getreide unter Benutzung inländischer Säcke zur Verzollung abgemeldet oder bei der Versendung unter Begleitscheinkontrolle in Kähne gebracht wird, um demnächst wieder los weiter befördert zu werden, sondern auch dann, wenn die Versendung derartigen, mit Begleitschein abgemeldeten Getreides in den inländischen Säcken erfolgt. Desgleichen ist in losen Zustände über die Grenze eingeführtes, demnächst unter Zollkontrolle in inländischen Säcken nach einer öffentlichen oder unter amtlichem Mitverschluß stehenden Privat Niederlage befördertes Getreide im Niederlage-Register nach dem Netto-Gewicht anzuschreiben, wenn die Säcke sofort bei der Aufnahme in das Lager entleert und aus dem letzteren wieder entfernt werden, so daß das Getreide los zur Lagerung gelangt. Bei Getreide, welches in Säcken über die Grenze eingeführt und demnächst los in einer Niederlage gelagert wird, gehören die Säcke, da Getreide tarifmäßig der Bruttoverzollung unterliegt, zum zollpflichtigen Gewicht und sind bei dem Übergange in den freien Verkehr nach Beschaffenheit ihres Inhaltes zur Verzollung zu ziehen.

[Steuerveranlagung.] Das Eisenbahnmakssariat in Berlin hat entschieden, daß die Eisenbahnverwaltungen nicht verpflichtet sind, den Steuerveranlagungsbehörden Auskunft zu geben über den Waarenbezug der einzelnen Steuerpflichtigen. In einem Falle hatte die Steuerbehörde sich nach dem Umfang des Bier- und Kohlenbezuges eines Kaufmanns durch die Eisenbahnverwaltung erkundigt. Die Eisenbahnverwaltungen haben die Pflicht der Wahrung des Geschäftsgeheimnisses und sind nicht zu denjenigen Behörden zu zählen, welche nach dem Gesetz zur Auskunftsvertheilung an die Veranlagungskommission verpflichtet sind.

[Cholera.] Nach amtlichen Nachrichten aus Warschau tritt die Cholera in Polen an verschiedenen Orten wieder epidemisch auf. Hauptfachlich ist dieses im Grenzgouvernement Plock der Fall. Der gegenwärtige Stand der Cholera in Polen ist folgender: 10.—15. April in der Stadt Warschau 4 Erkrankungen, 3 Todesfälle; 6.—12. April in Przyjucha, Kr. Opoczno, Gouv. Radom 9 Erkrankungen, 3 Todesfälle; 7.—10. April in der Stadt Plock und im Flecken Raszyn (bei Aleksandrowo), Kr. Sieradz, Gouv. Plock 7 Erkrankungen, 4 Todesfälle.

[Der Lehrerverein] hält Sonnabend, den 21. d. M., 5 Uhr, im Schülzenhaus eine Sitzung ab.

[Vaterl. Frauen-Zweig-Verein.] In der Zeit vom 30. Januar bis 17. April d. J. sind an Unterstüttungen gegeben: 132,95 M. baac an 66 Empfänger, 260 Nationen Lebensmittel im Werthe von 181,48 M., 134 Anweisungen auf die Volkstüche im Werthe von 20 M., 18 Genesende erhielten in 77 Häusern abwechselnd Mittagstisch, 11 Flaschen Wein wurden verteilt in 13, 2 Flaschen Saft in 4, 31 Bentner Kohlen in 28, Kleidungsstücke in 12 Gaben. Für Instandsetzung alter Kleidungsstücke wurden 16,80 Mark verausgabt. Die Vereinsarmenpflegerin machte 383 Armenpflegebesuche. An außerordentlichen Zuwendungen gingen der Armenpflegerin (Schwester Emma Grunwald, Strobandstraße 4) zu: 67 M. baac in 6, 16 Flaschen Wein in 9, 3 Flaschen Saft in 1, Kleidungsstücke in 3 Gaben, ein Wachstuch und Kinderbetten von einer, eine alte brauchbare Nähmaschine von einer Geberin. — In der am 17. d. M. abgehaltenen Hauptversammlung wurde die Entlastung der Rechnung für 1893 ertheilt, die eine Einnahme von 4045,76 M. eine Ausgabe von 2467,93 M. und einen Überschuß von 1577,83 M. ergiebt. Der Voranschlag für 1894 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 4418 M. festgestellt. Der in 500 Exemplaren zu druckende Jahresbericht des Schriftführers wurde entgegen genommen und der bisherige Vorstand durch Zurück wiedergewählt. Am 8. Juli 1893 bestand der Verein 25 Jahre.

[Schwurgericht.] In der zweiten Sache hatte sich gestern der Arbeiter Hermann Rudolf Paniegrov aus Friedrichsbrück wegen schwerer Urkundenfälschung und die Einwohnerfrau Emilie Minkolew, geb. Paniegrov, daher wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen zu verantworten. Der Anklage unterliegt nachstehender Sachverhalt: Vom März v. J. ab hatte der Angeklagte mehrere Wochen hindurch in der Zuckerfabrik Unislaw gearbeitet. Als er nach

Berlauf dieser Zeit seinen Lohn verlangte, wurde ihm, da er seine Quittungskarte nicht vorlegen konnte, die Auszahlung desselben verweigert. Vor einigen Jahren hatte in der Zuckerfabrik auch ein Arbeiter Friedrich Wilhelm Barz Beschäftigung gefunden, der seine Quittungskarte bei seinem Fortgange in der Fabrik zurückgelassen hatte. Zu gleicher Zeit mit diesem hielt sich ein zweiter Arbeiter Barz, Vorname Wilhelm, in der Fabrik auf, der aber später wie Friedrich Wilhelm Barz die Arbeit in der Fabrik aufgab. Bei seinem Fortgange erhielt Wilhelm Barz versehentlich die Quittungskarte des Friedrich Wilhelm Barz ausgethanzt. Angeklagter hatte von diesem Versehen Kenntnis erhalten. Er wußte dem Wilhelm Barz seine richtige Karte zu verschaffen und sich in den Besitz der auf Friedrich Wilhelm Barz lautenden Karte zu setzen. Aus dieser fragte er den Namen Wilhelm Barz heraus und ließ durch seine Schwester, die Angeklagte Minoley, seinen Namen hineinschreiben. Die so gefälschte Karte händigte er dem Fabrikbeamten aus und bekam nunmehr seinen Lohn ausgeschüttet. Die Angeklagten sind geständig. Die Angeklagte Minoley will nicht gewußt haben, daß sie sich einer strafbaren Handlung schuldig mache. Ihr Bruder habe an einer frischen Hand gelitten und habe deshalb nicht schreiben können. Dies sei die Ursache gewesen, weshalb sie auf Ansuchen ihres Bruders dessen Namen in die Arbeitskarte hineingeschrieben habe. Die Beweisaufnahme vermochte die Geschworenen nur von der Schuldbeweis des Angeklagten Paniegrov zu überzeugen und in Bezug auf diesen auch nur insofern, als sie annahmen, daß er sich der Unterschlagung, nicht auch des Gebrauchs einer gefälschten Urkunde schuldig gemacht habe. In Bezug auf die Minoley verneinten die Geschworenen die Schuldbeweis. Gemäß diesem Spruch verurteilte der Gerichtshof den Paniegrov zu einer Geldstrafe von 60 Mark, im Unvermögensfalle zu 12 Tagen Gefängnis. Die Minoley wurde freigesprochen. — In der dritten Sache machte die Anklage dem früheren Posthilfsboten Carl Hermann Radatz aus Graudenz, z. B. in Haft, den Vorwurf, daß er sich der Unterschlagung amtlicher Gelde, der Urkundenfälschung, der Beizeichnung von Urkunden und der falschen Beurkundung schuldig gemacht habe. Angeklagter, welcher bis zum 17. Oktober 1893 in Neumark als Posthilfsbote beschäftigt worden war, ist geständig, am 5. Juli 1893 den Betrag von 100 Mark mit einer für Anton Fialkowski in Trzyn eingegangenen Postanweisung von dem Postamt ausgebändigt erhalten zu haben. Er giebt zu, das Geld nicht an Fialkowski abgeliefert und die Quittung auf der Kehrsseite der Postanweisung eigenhändig fälschlich angefertigt zu haben. Das Geld will er verloren haben. Er räumt ferner ein, in mehreren Fällen kleinere Geldsummen im Gesamtbetrag von etwa 50 Mark sich angeeignet und der Postamt gefälschte Belege übergeben zu haben, und endlich giebt er als richtig zu, daß er Briefe und ein Kreisblatt unterdrückt und falsche Beurkundungen hierüber abgegeben habe. Der Angeklagte wurde wegen Urkundenfälschung in einem Falle, Unterschlagung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage, sich der Unterschlagung amtlich empfangener Gelde zugleich mit Fälschung bzw. unrichtiger Führung der Kontrollbücher in vier Fällen, der falschen Beurkundung in einem Falle und des Vergehens gegen § 259 Str.-G.-B. in einem Falle mit einer Gefamittstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren belegt. Von der weitergehenden Anklage

Die Geburt eines Knaben zeigen an
Thorn, den 19. April 1894.
W. Möbius und Frau.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Nachstehende Bekanntmachung.

Die Polizeiverordnungen des Herrn Oberpräsidenten in Danzig vom 30. August und 14. September v. J. betreffend das Verbot des Betretens der Ufer und Uferschäften durch die Flößer u. s. w., sowie die Einrichtung von Lebensmittelverabfolgsstellen an der Weichsel, abgedruckt im Extrablatt zum Amtsblatt Nr. 35 beziehentlich im Amtsblatt Nr. 38, sind laut Erlass des Herrn Oberpräsidenten vom 19. d. Mts. außer Kraft getreten.

Marienwerder, den 30. März 1894.

Der Regierungs-Präsident." wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 17. April 1894.

Die Polizei-Verwaltung.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Gremboczyn Band IV — Blatt 26 — auf den Namen der Besitzer Friedrich und Wilhelmine geb. Polfuss-Malzahn'schen Eheleute eingetragene, zu Gremboczyn belegene Grundstück

am 23. Juni 1894,

Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 47,17 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 16,07,63 Hektar zur Grundsteuer, mit 210 Ml. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung V, eingesehen werden.

Thorn, den 12. April 1894.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 14. April 1894 ist am 14. April 1894 die in Kulmsee bestehende Handelsniederlassung des Kaufmanns Richard Lemlein ebendaselbst unter der Firma: Culmsee'er Essig-Spritzenfabrik Richard Lemlein in das diesseitige Firmenregister (unter Nr. 17) eingetragen.

Kulmsee, den 14. April 1894.

Königliches Amtsgericht.

Öffentliche Zwangsvorsteigerung.

Freitag, den 20. d. Mts., von 9 Uhr Vormittags ab werde ich vor der Pfandsammer des hiesigen Landgerichts

verschiedene gut erhaltene Möbel, Pomaden-Haarzöpfe, Perrücken, Friseurköpfe, u. a. Gegenstände

öffentliche meistbietend gegen Baarzahlung versteigern.

Thorn, den 18. April 1894.

Gaertner, Gerichtsvollzieher.

Ein noch gut erhaltener Schaukasten, als Schaufenster zu benutzen, steht billig zum Verkauf bei

Rob. Laszynski, Kl.-Moder, neben Born u. Schütze.

Mbl. Zim. z. v. Damen find. rr. Aufnahme b. m. B. P. F. Heyder, Bachtell 10.

Öffentliche Zwangsvorsteigerung.

Freitag, den 20. d. Mts.

von 9 Uhr Vorm. ab werde ich vor der Pfandsammer des hiesigen Landgerichts

1 Sophja mit Plüschezug, 1 Sophatisch, 1 Wäschespind und 1 Spiegel mit Konsole öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung versteigern.

Thorn, den 18. April 1894.

Gaertner, Gerichtsvollzieher.

Geschäfts-Gründung!

Ein hochgeehrter Publikum zeige hiermit ergebenst an, daß ich die Bäckerei des Herrn Bähr, Schuhmacherstraße 18, Donnerstag, den 19. d. Mts. eröffne und damit eine

Kuchenbäckerei,

sowie Zuckerwaren-, Bonbon- u. Honigkuchen-Fabrik verbinde.

Es wird mein höchstes Bestreben sein, stets reelle und gute Waare zu liefern und bitte mein Unternehmen geneigt unterstehen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Gustav Schwittau.

Meine Wohnung befindet sich

Schillerstrasse 14, 1 Treppe hoch nach vorne.

Hulda Hoppe, Friseuse.

Molken zum Waschen von Wollstoffen, die Farben werden nicht angegriffen.

Molken zum Waschen des Gesichts und der Hände, bewirken gefunde und zarte Haut. Bestes Mittel für Augen- und Aushüllag - Leiden.

Molken werden zum Waschen ohne Zusatz von Seife gebraucht. Stets frisch per Liter 2 Pfennig in der Molkerieüberlage von

H. Weier.

!! Corsets !! in den neuesten Fascons, zu den billigsten Preisen bei

S. LANDSBERGER, Heiligegeiststrasse 12.

Nähmaschinen!

Hocharmige Singer für 60 Mk. frei Haus, Unterricht und 2jährige Garantie. Bogel - Nähmaschinen, Ringschiffchen, Wheler & Wilson, Waschmaschinen, Bringmaschinen, Wäschemängeln, zu den billigsten Preisen.

S. Landsberger, Heiligegeiststr. 12. Theilzahlen monatlich von 6,00 Mark an. Reparaturen schnell, sauber und billig.

Ein 2pf. Gasmotor

ist billig zu verkaufen und im Betriebe zu bestätigen bei

Julius Buchmann, Brückenstrasse 34.

2 gut erhaltene

eiserne Mantel-Ofen

sofort billig zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Für Hotels u. Restaurants

empfiehlt billig:

1. Gebirgs-Preisselbeeren, taselfertig, p. Pf. 50 Pf.

delicate Sausgurken, Tasel-Mostrich,

feinste Sardellen und Sardinen.

Josef Burkat,

neb. Pünchner's Conditorei, Altst. Markt No. 16.

Freitag, den 20. April:

Baderstrasse 21

Schluss - Auktion

der letzten Restbestände von

Glas- und Porzellanwaaren etc.



So hören Sie

doch endlich, daß man

Tapeten

gut und billig kauf

b ei

R. Sultz, Mauerstrasse 20.

Feinst. Bratenschmalz m. Gewürz,

p. Pf. 55 Pf.

ff. Bratenfett mit Gewürz,

p. Pf. 50 Pf.

ff. Margarine mit Gewürz,

p. Pf. 55 Pf.

ff. türk. Pflaumenkreide,

p. Pf. 25 Pf.

ff. türk. Pflaumen,

p. Pf. 15—22 Pf.

(Für Wiederveräufer Extraeprise.)

empfiehlt

Josef Burkat,

Altst. Markt No 16, neb. Pünchner's Conditorei.

Speisefartoffeln,

mit der Hand verlesen, rothe,

weiße und blaue Sorten,

offerirt à 1,10 Mf. p. Ctr.

fr. Waggon Schönsee

Dominium Ostrowitt

bei Schönsee Wör.

(Proben gegen Einsendung von

50 Pf. in Postmarken.)

Duko v. Pomeranzenhaalen

empfiehlt

H. Simon.

Apfelsinen

empfiehlt

J. G. Adolph.

Holzverkauf!

Im Weishofer Walde werden täglich

durch den Förster Fries

Kiefern-Kloben I.,

Kiefern-Kloben II.,

Kiefern-Knöppel I.,

Kiefern-Stubben

preiswerth verkauft.

L. Gasiorowski.

Malergehilfen u. Ausstreicher

sucht L. Zahn, Malermeister.

Eine tüchtige Verkäuferin,

der polnischen Sprache mächtig, kann so-

fort eintreten.

J. Jacobsohn,

Mode- und Manufaktur - Waaren - Geschäft.

Eine tüchtige Verkäuferin,

der polnischen Sprache mächtig, kann so-

fort eintreten.

S. Baron,

Pub- und Weisswaaren.

Mehrere Deutsche Bonnen,

mit auch ohne Schneiderei sucht

Gniatczynska, Elisabethstr. 14.

Freitag, den 20. d. Mts.,

Abends 6 1/2 Uhr:

Instr. - u. Bef. in III.

Thorner Liedertafel.

Heute Donnerstag:

Übung.

W. Orlieweizer.

Concerten: 22. 3. 1894.

Salonkonzert: 23. 3. 1894.

Ball: 24. 3. 1894.

Opernabend: 25. 3. 1894.

Opernabend: 26. 3. 1894.

Opernabend: 27. 3. 1894.

Opernabend: 28. 3. 1894.

Opernabend: 29. 3. 1894.

Opernabend: 30. 3. 1894.

Opernabend: 31. 3. 1894.

Opernabend: 1. 4. 1894.

Opernabend: 2. 4. 1894.

Opernabend: 3. 4. 1894.

Opernabend: 4. 4. 1894.

Opernabend: 5. 4. 1894.

Opernabend: 6. 4. 1894.

Opernabend: 7. 4. 1894.

Opernabend: 8. 4. 1894.

Opernabend: 9. 4. 1894.

Opernabend: 10. 4. 1894.

Opernabend: 11. 4. 1894.

Opernabend: 12. 4. 1894.

Opernabend: 13. 4. 1894.

Opernabend: 14. 4. 1894.

</